bereiche der Bundeswehr vorgenommen werden. Vom meßtechnischen scheinen die Auftragsarbeiten aber wohl erheblich besser zu sein als die Entwicklungen der Wehrpsychologie selbst, der eine subjektive, erstarrte und nur scheinbar unpolitische Prüfungspraxis etwa bei den Freiwilligenannahmestellen vorgeworfen wird.

V. Schlußbemerkung

Die auch durch die notwendige Kürze pointierten Erläuterungen sollen darauf aufmerksam machen, daß eine dringend notwendige kritische Beschäftigung der Sozialwissenschaften mit dem Militär bislang weitgehend unterblieben ist. Dieses Faktum läßt sich erklären; die Erklärung entlastet aber nicht von der Verantwortung, welche die Sozialwissenschaften über die Wahl ihrer Untersuchungsgegenstände und die Art der Analyse gesellschaftspolitisch besitzen. Diese Verantwortung besteht auch dann, wenn sich das Militär und die politisch Verantwortlichen gegen solche Analysen sperren.

Literatur:

* Die Abschnitte I.1. bis I.4. sind weitgehend übernommen aus:
Ralf Zoll (Hrsg.): Wie integriert ist die Bundeswehr, Piper Verlag München (1979), S. 12 ff.

Rainer Rilling

Fragen zu den Konsequenzen der neuen Forschungspolitik

Es scheint, als ob die neue, kaum drei Jahre alte friedenspolitische Beunruhigung tausender Wissenschaftler, die sie mit Verspätung, aber beträchtlicher Verve in die Reihen der Friedensbewegung geführt hat, trotz all der aufgewandten Kompetenz ihre Schranken hat. Beunruhigt sind sie oftmals als kompetente Staatsbürger, nicht aber als Experten. Die Besorgnis erstreckt sich nur selten auf ihre Profession, ihr Fach, ihre Wissenschaft. Die überwiegende Mehrheit der 8–10 % der Wissenschaftler in der Bundesrepublik Deutschland, die sich in den letzten Jahren in Sachen Frieden öffentlich zu Wort meldeten, hält, so will es mir scheinen, ihr eigenes Arbeitsgebiet für gleichsam immun gegenüber den Auswirkungen der globalen Veränderungen, die sie thematisieren. Mit anderen Worten, horribile dictu: trotz der Einmischung in die "große" Politik bleibt offenbar ein Stück der Trennung von Wissenschaft und Politik. Jene, die praktisch durch politische, wirtschaftliche und militärische Mittel die Definitionsmacht über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik haben, vollziehen freilich keineswegs eine solche Trennung. So sehr also die Planer und Macher der Militär-, Rüstungs- und Forschungspolitik durchaus auf der Höhe der Zeit sind und begriffen haben, daß sich das Verhältnis zwischen dem modernen Krieg, den es vorzubereiten gilt, und der Wissenschaft prinzipiell geändert hat – daß der kriegerische Anspruch in der Tendenz nichts auslassen kann, will er seiner Logik gerecht werden – so wenig scheint die bereits existierende, viel weniger noch die latente und zum guten Teil ganz offensichtlich in der nahen Zukunft neue Realität werdende Involvierung der Wissenschaften in den existierenden und herankommenden militärisch-kriegerischen Zusammenhang von breiten Kreisen der Wissenschaft begriffen worden zu sein. Sie glauben nicht, betroffen zu sein:

Sozialwissenschaftler nicht, weil es ihnen scheint, als ob nur in den Natur- und Technikwissenschaften militärisch Nutzbares erdacht und erarbeitet würde;

Naturwissenschaftler nicht, weil sie keinen Zusammenhang

sehen zwischen ihrer Grundlagenforschung und den praktischen Wissenschaftsanwendungen in der modernen Militärtechnik;

und endlich die Technik- und Ingenieurwissenschaften nicht, weil sie nicht nur den Bezug zur Praxis als problemlose Selbstverständlichkeit ansehen, sondern auch davon ausgehen, daß es ihre Sache nicht ist, über die Zielsetzung oder gar Anwendung moderner Militärtechnik zu entscheiden.

Doch die gegenwärtige Entwicklung geht weit und macht diese Positionen zweifelhaft. Sie muß untersucht werden, dringend, zumal solche Analyse schon weit im Verzug ist: Die Anfänge dessen, was - so meine These - die einschneidenste Veränderung im Wissenschaftssystem seit Entstehung der modernen "Big Science" ist, liegen schon über ein Jahrzehnt zurück. Setzt sich diese Tendenz durch, dann wird Wissenschaft auch in unserem Land auf einer anderen Grundlage funktionieren. Als Frage formuliert: Haben wir es nicht am Ende der furchterregend dynamischen Entwicklung vor allem in den USA mit einer Wissenschaft zu tun, die - nunmehr durchaus zu Friedenszeiten - nicht vollständig, aber erstmals seit Jahrzehnten hauptsächlich im Binnenraum einer einzigen Staatsgliederung - nämlich der militärischen - existiert? Dies aber wird dann zumindest sozial und politisch eine "andere" Wissenschaft sein: Das essentielle System der wissenschaftlichen Kommunikation wird vom Gespräch über das Seminar und den Kongreß bis zur Publikation und dem informationsverarbeitenden System von einem verrechtlichten und faktischen Netz von Geheimhaltungsregeln überlagert sein. Die Abwehrbemühungen der Wissenschaftler und ihrer Gesellschaften gegen entsprechende Zensurattacken sind das Thema Nummer Eins in den Vereinigten Staaten nun schon ein halbes Jahrzehnt. Von einer freien Weitergabe wissenschaftlicher Erkenntnisse kann man heute in den USA nicht mehr sprechen - und dies gilt nicht nur für die Rüstungsindustrie oder die staatlichen Laboratorien des Department of Defense (DoD). Zu der neuen Grundlage der im Militärsektor organisierten Wissenschaft gehören auch: Unterlaufen des wissenschaftsinternen Konkurrenzmechanismus - nicht zuletzt um unterschiedliche Förderungsinstanzen - , Einschränkung der individuellen Autonomie der Wissenschaftler bei der Gegenstands- und Themenwahl durch das wuchernde Kontraktsystem, Zentralisierung des Entscheidungsprozesses bei der Spitze der Militärhierarchie - dies

begünstigt durch die militärische Geheimhaltung -, endlich Politisierung der Wissenschaften (und ihrer Förderung) nach Maßgabe ihrer Nützlichkeit für politisch definierte militärische Zwecke. Stehen wir nicht in einer Situation, in der die Politisierung der Wissenschaft eine neue Qualität annimmt, wobei die Militarisierung der Wissenschaft die Hauptform ihrer Politisierung ist? Stehen wir nicht in einer Phase der heftigen Auseinandersetzung um die Frage, ob ein allgemeines forschungspolitisches Entwicklungsmuster, das sich in den 60er Jahren herausgebildet hat, aufgegeben werden soll zu Lasten der sozialstaatlichen, aber auch infrastrukturell bzw. zivilwirtschaftlich ausgerichteten Forschungsförderung und zugunsten der militärischen Forschung?

Die Größenordnungen, um die es heute geht, sind außerordentlich. 1985 wird das Militär rund 40 % der Weltausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) beanspruchen - etwa 100 Mrd. US$. In der Bundesrepublik wird etwa jede neunte Mark, die für FuE ausgegeben wird, in den militärischen Bereich investiert. 75 % der Mittel, die 1982-1986 zusätzlich für die Forschung bereitgestellt werden (ca. 3 Mrd. DM), gehen in den militärischen Bereich. In den USA haben sich zwischen 1980 und 1985 die Mittel für militärische FuE nahezu verdoppelt, jene für zivile Forschung sanken real um 30 % ab. Allein im laufenden Jahrzehnt sollen nach den Planungen der amerikanischen Regierung der zivile Anteil an den Staatsausgaben für FuE von 51,3 % (1980) auf 17,2 % (1990) fallen, der militärische Anteil dagegen von 48,7 % auf 82,8 % steigen(1). 1986 dürften dort die Mittel für Rüstungsforschung die als sozialstaatlich orientiert definierten Forschungsmittel um rund das Fünfzigfache(!) übertreffen.

Allein schon die schiere Dimension dieser Veränderung zeigt meines Erachtens wie dringend es ist, daß wir uns mit dieser Situation befassen, ungeachtet dessen, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik noch nicht so weit gediehen ist wie in den USA, daß wir persönlich vielleicht nicht betroffen sind von dem, was sich hier abspielt.

Welche Fragen, unter anderem, sind es, auf die wir eine Antwort finden müssen? Etwa: Es wird geschätzt, daß die Gesamtkosten für Forschung, Produktion und Aufbau eines SDI-Systems bei rund 2 Billionen US$ liegen(2). Das ist doppelt soviel wie der gesamte augenblickliche Bundesetat der USA; die amerikanische Wirtschaft produziert gegenwärtig Güter und

Dienstleistungen im Jahreswert von 3 Billionen US$.

Können wir als Wissenschaftler, deren Arbeitsgrundlagen aus den Mitteln der Mehrheit der Bevölkerung finanziert werden, gleichgültig gegenüber dieser Zerstörung unserer aller Lebensgrundlagen bleiben? Ist nicht die Mindestforderung, zumal in Lehre und Forschung, darüber aufzuklären?

Wie halten wir es mit der Geheimhaltung (denn daß sie dem wissenschaftlichen Fortschritt diene, behaupten nur wenige)? Hier geht es - wohlgemerkt - nicht um die Geheimhaltung der privaten wissenschaftlichen Arbeit zum Zweck der Publikation oder auch Patentierung, sondern um mit staatlichem Zwang auferlegte militärische Klassifikation. Lehnen wir sie rundweg ab? Soll es Geheimhaltung an den Hochschulen geben? Oder nur in der Grundlagenforschung? Wie halten wir es mit der doppelten Geheimhaltung: der rüstungsindustriellen, wo sich militärische Sicherung und privatindustrielles Gewinnstreben aufs Engste liieren? Akzeptieren wir die - immer häufigere - Unterscheidung in erst- und zweitklassige, da ostanfällige, NATO-Wissenschaftsbürger, wie sie in wissenschaftlichen Konferenzen der USA zunehmend praktiziert wird? In der Frage der Geheimhaltung ist unmittelbar unsere eigene wissenschaftliche Arbeit betroffen. Sie erstreckt sich, zumindest in den USA, weit hinein in Gebiete, die nach bisherigem Verständnis zivil zu nennen waren.

Hier verbirgt sich eine neue These, eine Rechtfertigung der neuen Forschungspolitik, die sich in zwei Behauptungen zusammenfassen läßt: Militärtechnik und "High Tech" würden, so die erste Behauptung, immer mehr synonym; und: es beginne sich gegenwärtig immer klarer eine säkulare Tendenz zur Konvergenz militärischer und ziviler Technologie durchzusetzen. Auf Beides gelte es zu reagieren:
militärpolitisch durch Förderung von Hochtechnologie - wie also stellen wir uns zur Militarisierung der "High Tech"? -
wirtschaftspolitisch durch wachsende Rüstungsinvestitionen - denn die technologische Konvergenz der militärischen und zivilen Industrien garantiere uns einen hohen und nützlichen "Spin-Off" aus dem militärischen in den zivilen Bereich;
sicherheitspolitisch durch den kontrollierenden Zugriff auf den zivilen Sektor, denn es macht ja die Entstehung eines breiten Feldes "sensitiver", "militärisch relevanter" oder "kritischer" Technologie solche Technikgebiete, die bislang ausschließlich zivil nutzbar schienen, erstmals militärisch relevant.

"Graue" oder "sensitive" Forschung müsse staatlich kontrolliert, also zensiert werden - wie dies auch in den USA seit 1976, vor allem aber seit 1981/2 zunehmend Praxis ist. Treffen diese Behauptungen - vor allem die Konvergenzthesen - zu? Gibt es den "doppelten" Spin-Off? Wie stellen wir uns zur These von einem breiten Sektor militärisch sensitiver ziviler Technologie?

Eine Antwort gilt es auch zu finden auf die Frage, wie sich die Hochschulen und wie sich die Grundlagenforschung entwickeln sollen. Soll in der Bundesrepublik ein breiter Sektor militärischer Grundlagenforschung entstehen, den es so noch nicht gibt? Wie stellen wir uns eingedenk der großen Rolle der Grundlagenforschung an den Hochschulen zur momentan betriebenen Favorisierung der Drittmittelforschung an den Hochschulen - bedeutet sie doch mit Sicherheit wachsende Mittelvergabe für militärische Grundlagenforschung an den Universitäten und Hochschulen unseres Landes. Die Hauptfrage ist: Müssen wir nicht, wie es Cyrus Wright Mills(3), der einsame, kompromißlose liberal-pazifistische Kritiker unter den amerikanischen Soziologen der kalten 50er Jahre formulierte, auch in unserem Arbeitsbereich, in unserer Wissenschaft "intellektuelle Kriegsdienstverweigerer" werden?

Literatur:

(1) Die Daten sind verschiedenen Ausgaben des Informationsdienstes Wissenschaft und Frieden, Marburg (1983 ff) entnommen.

(2) Physics Today, 55, Juli (1985)

(3) C.W. Mills (ed.): Causes of World War Three, New York (1958)